

Nettetal, Dienstag, 09. Oktober 2018



## **Presseinformation der Bürgerinitiative „VeNeTe, so nicht!“**

### **Die Zeit der Ruhe ist vorbei**

In den Sommermonaten ist es ruhig um das geplante WLZ in Nettetal und die Bürgerinitiative „VeNeTe, so nicht!“ geworden. Doch die Zeit der Ruhe ist nun vorbei!

Um die politischen Hintergrundgespräche die geführt werden sollten nicht zu erschweren, wurde die BI seitens der Politik gebeten „kein weiteres Öl ins Feuer zu gießen“ und diese Gespräche abzuwarten. Dem Wunsch kam die BI schweren Herzens nach und hoffte auf eine politische Neubewertung der neu geschaffenen Faktenlage auf Kreisebene. Mit dem Einreichen des Antrages auf Baugenehmigung für die Müllumladestation bei der Bezirksregierung Düsseldorf durch den ABV ist nun offensichtlich, dass das politische Bemühen gescheitert ist. Der ursprünglich angedachte Wertstoffhof, ist aktuell kein Bestandteil der Genehmigung mehr. Dies zeigt deutlich, dass der Kreis Viersen sein Vorhaben gegen alle vorgebrachten Einwände der Bürger um jeden Preis durchsetzen will. Leider mussten wir in diesem Zusammenhang auch feststellen, dass nicht alle Fraktionen im Nettetaler Stadtrat zu Ihrem Wort gestanden haben und sich trotz Beschluss der Neubewertung widerstandslos der Entscheidung des Kreises gebeugt haben.

Der ABV bleibt bis heute Antworten schuldig, wie durch den Bau einer 15 Millionen Euro teuren Anlage im äußersten Westen des Kreises wie versprochen Gebühren eingespart werden sollen. Nachweislich steigen für fast alle Städte im Kreis die Transportwege. Höhere vermeidbare Immissionen durch die dieselbetriebenen Müllfahrzeuge, die täglich weitere Strecken als bisher zurücklegen müssen, sind weitere Folgen. Die von der BI veröffentlichten und durch private Abfallwirtschaftsbetriebe bestätigten Berechnungen der Kostensteigerungen wurden durch den ABV nie kommentiert geschweige denn dementiert. Es gibt auch keinerlei öffentliche Informationen zu den vom ABV zugesagten ergebnisoffenen Verhandlungen zu einer Pachtlösung der Anlage in Süchteln. Unabhängige Experten haben bereits bestätigt, dass eine Pachtlösung rechtssicher möglich ist und die wohl kostengünstigste Lösung für den Kreis darstellt.

Die BI wird nun die bereits vorbereiteten weiteren Schritte in die Wege leiten und geplante Aktionen in die Tat umsetzen. Ziel der BI ist es nach wie vor, den Bau der Anlage zu verhindern um alle Bürger im Kreis Viersen vor steigenden Gebühren, Verschwendung von Steuergeldern und vermeidbarer Belastung unserer Umwelt zu schützen.